

sionskommission entschieden. Der Beschluß gilt als angenommen, wenn für die Abberufung dieses oder jenes Mitgliedes aus der Zentralen Revisionskommission im Verlaufe einer geschlossenen (geheimen) Abstimmung mindestens zwei Drittel aller Mitglieder der Zentralen Revisionskommission für ihn stimmen.

Die Frage über die Abberufung eines Mitgliedes von Revisionskommissionen der Republik-, der Regional-, der Gebiets-, der Bezirks-, der Stadt- und der Rayonparteiorganisationen wird auf einer Sitzung der entsprechenden Kommission entschieden, und zwar in der Weise, wie das für Mitglieder und Kandidaten der Parteikomitees vorgesehen ist.

27. Die freie und sachliche Erörterung der Fragen der Parteipolitik in den einzelnen Parteiorganisationen oder in der ganzen Partei ist ein unantastbares Recht jedes Parteimitglieds und ein wichtiges Prinzip der innerparteilichen Demokratie. Nur auf der Grundlage der innerparteilichen Demokratie können Kritik und Selbstkritik entfaltet und die Parteidisziplin gefestigt werden, die eine bewußte und keine mechanische Disziplin sein muß.

Im Rahmen einzelner Organisationen oder im Rahmen der gesamten Partei sind Diskussionen über strittige oder ungenügend klare Fragen möglich. Eine Diskussion innerhalb der gesamten Partei ist erforderlich, wenn

- a) die Notwendigkeit von mehreren Parteiorganisationen im Gebiets- bzw. Republikmaßstab anerkannt wird;
- b) wenn innerhalb des ZK keine genügend stabile Mehrheit in wichtigsten Fragen der Parteipolitik vorhanden ist;
- c) wenn das ZK der KPdSU es für notwendig erachtet, sich über diese oder

jene Fragen mit der ganzen Partei zu beraten.

Eine breite Diskussion, besonders eine Diskussion im Unionsmaßstab zu Fragen der Parteipolitik, muß so geführt werden, daß die freie Meinungsäußerung der Parteimitglieder gesichert ist. Es muß die Möglichkeit ausgeschlossen sein, daß Versuche zur Bildung von fraktionellen Gruppierungen unternommen werden, die die Einheit der Partei zerstören, ebenso Versuche zur Spaltung der Partei.

28. Das höchste Prinzip der Parteileitung ist die Kollektivität. Das ist die unbedingte Voraussetzung für die normale Tätigkeit der Parteiorganisationen, für die richtige Erziehung der Kader und für die Entwicklung der Aktivität und Initiative der Kommunisten. Personenkult und mit ihm verbundene Verletzungen der innerparteilichen Demokratie können in der Partei nicht geduldet werden. Sie sind mit den Leninschen Prinzipien des Parteilebens unvereinbar.

Die Kollektivität der Leitungen enthebt die Funktionäre nicht der persönlichen Verantwortung für die ihnen übertragenen Aufgaben.

29. Die Zentralkomitees der Kommunistischen Parteien der Unionsrepubliken, die Regional-, die Gebiets-, die Bezirks-, die Stadt- und die Rayonkomitees der Partei informieren die Parteiorganisationen systematisch über ihre Arbeit.

30. Zur Beratung der wichtigsten Parteibeschlüsse und zur Ausarbeitung praktischer Maßnahmen für deren Verwirklichung, aber auch zur Prüfung von Fragen des örtlichen Lebens werden Aktivtagungen der Rayon-, der Stadt-, der Bezirks-, der Gebiets-, der Regionalparteiorganisationen und der Kommunistischen Parteien der Unionsrepubliken einberufen.

IV.

Die höchsten Organe der Partei

31. Das oberste Organ der Kommunistischen Partei der Sowjetunion ist der Parteitag. Ordentliche Parteitage werden mindestens einmal in vier Jahren einberufen. Die Einberufung des Parteitages und die Tagesordnung werden spätestens

anderthalb Monate vor dem Parteitag bekanntgegeben. Außerordentliche Parteitage beruft das Zentralkomitee auf eigene Initiative ein oder auf Verlangen von mindestens einem Drittel der Gesamtzahl der Mitglieder, die auf dem letzten Partei-